

## Den rechten Klimawandel aufhalten

von Anetta Kahane

Die Selbstenttarnung des NSU ist nun zehn Jahre her und hat einen veritablen Schock ausgelöst. Wenn wir nicht wollen, dass sich ein Versagen von Sicherheitsbehörden, Gesellschaft, Medien und Politik auf diese schreckliche Weise wiederholt, muss in Deutschland noch sehr viel geschehen. Durch die Untersuchungsausschüsse und hartnäckigen Recherchen von Journalist:innen und Zivilgesellschaft kamen grundsätzliche, beschämende Versäumnisse des Staates ans Licht: struktureller Rassismus bei Polizei und Behörden, Gleichgültigkeit, politische Blindheit, ja sogar Behinderung der Ermittlungen bis in oberste Behörden hinein.

Was ist seitdem geschehen? Es gab einige Reformen bei Polizei und Justiz, was gut ist, einige Ämter wurden umstrukturiert, was notwendig war, die Aufmerksamkeit für Rechtsterrorismus ist gewachsen, auch das hilft. Und dennoch, ein grundsätzliches Problem besteht weiter: in der Polizei und anderen bewaffneten Einheiten organisieren sich rechtsextreme Gruppen. Bei der Auswahl und Ausbildung von Beamten:innen und Angestellten des Staates wird noch nicht ausreichend darauf bestanden, dass die Opfer und Betroffenen von rassistischen und antisemitischen Straftaten im Mittelpunkt stehen – nicht eine allgemeine Schuldabwehr oder gar eine verständnisvolle Sicht auf die Täter. Hier ist unbedingt ein Perspektivwechsel nötig.



Ivo Mayr / Correctiv.jpg

Das geht nur, wenn die Politik insgesamt bereit ist, die Entwicklungen in der Gesellschaft zu erkennen und zu gestalten. Dazu gehört die Tatsache, dass Deutsch-Sein schon lange nicht mehr an der Hautfarbe zu erkennen ist. Die Vielfalt in Herkunft, Geschlecht, Religion und vielem anderen verlangt nach Gestaltung, nach Ausgleich von Konflikten, nach Gleichstellung – statt Abwehr, Aggression und Blockade. Die Diversität wird bleiben, die Frage ist nur, ob sie gestaltet oder bekämpft wird. Letzteres wird den gesellschaftlichen Klimawandel in Richtung Rechtsextremismus und Gewalt befeuern. Deshalb ist die Gestaltung moralisch wie logisch geboten.

Um das zu können, braucht es von der neuen Bundesregierung einige Weichenstellungen, ohne die, ähnlich wie beim Klimawandel in der Atmosphäre, Spannungen und Konflikte in der Gesellschaft toxisch werden können. Dies können wir nur aufhalten, wenn Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam entsprechend handeln. Das zum Teil bereits vergiftete Klima in der Gesellschaft muss sich erneuern, indem insgesamt ein Perspektivwechsel stattfindet. Gleichwertigkeit und Schutz vor Diskriminierung bilden den Grundsatz der Demokratie. Dieser muss durch alle Instanzen und Lebensbereiche durchgesetzt werden: bei Polizei und Justiz, in Gesundheit, Wohnen und Beruf. Es betrifft jede Institution, jede Nische, jede Einrichtung. Die Ungleichbehandlung von Menschen ist zu bekämpfen, Rassismus und Antisemitismus sind zu ahnden, egal von wem sie kommen.

Wie genau das aussehen kann, hat die Amadeu Antonio Stiftung in 20 Forderungen an die Koalitionsparteien formuliert. Dazu gehören Forderungen an die Strafverfolgungsbehörden, Schritte zur Bekämpfung von Antisemitismus und strukturellem Rassismus und der Aufruf, Zivilgesellschaft angemessen zu unterstützen. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben wir eine Kampagne begonnen und sprechen mit der künftigen Bundesregierung. Bitte setzen sie sich mit uns dafür ein, dass sich das Klima in der deutschen Gesellschaft wieder verbessert und wir eine unabhängige Zivilgesellschaft fördern können.

Alle Forderungen auf [demokratie-schuetzen.jetzt](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/demokratie-schuetzen-jetzt)

## Keine Zeit für Stillstand



Fahrende Botschaften: Plakat-Trucks tragen die Forderungen der Kampagne „Demokratie schützen – jetzt!“ in das Berliner Regierungsviertel. Die Amadeu Antonio Stiftung fordert von der neuen Bundesregierung konsequentes Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Foto: kameradisten.org

## Umkämpfte Realität –

### Wie radikalisierte Konservatismus zur Gefahr für die Demokratie wird

von Natascha Strobl

Was ist eigentlich passiert? Die Frage passt fast immer, aber besonders gut, wenn wir den Zustand der konservativen Parteien betrachten. Die Republikaner haben sich von Trump übernehmen lassen, die ÖVP in Österreich zerschlägt die Republik zu einem Scherbenhaufen, Johnson und die Tories haben Großbritannien an den Rand von Nahrungsmittel- und Benzinengpässen dirigiert. Da müssen wir den Blick gar nicht weiter ostwärts richten, nach Ungarn oder Polen, wo auch konservative Parteien an der Macht sind. Und dann gibt es noch die CDU, die sich nach ihrem historischen Absturz bei den Bundestagswahlen entscheiden muss, ob sie den Weg des radikalisierten Konservatismus gehen möchte oder ein anderes Selbstbild für sich findet.

Mit „The Republic“ bringt sich das Lager des radikalisierten Konservatismus in Position. Wichtige Figuren des rechten CDU-Flügels begrüßten öffentlich das neue Kampagnenmedium, darunter Friedrich Merz und Caroline Bosbach. Letztere beteiligte sich auch mit einer Kolumne. Hinter der Agentur steht Armin Petschner-Multari, der zuvor den YouTube-Kanal der CSU betreute. Es zeigt sich gleich, wie die Stoßrichtung des Mediums und damit möglicherweise auch der einer „neuen CDU“ sein soll: Die politische Auseinandersetzung soll in einen Status des permanenten Skandalisierens und Emotionalisierens gebracht werden. Diese Strategie haben schon Trump und Kurz gefahren. Die dahinterliegende Logik: jeden Tag ein neuer Aufreger, ein neuer Skandal. Diese Art von Politik schert sich nicht um langfristige Konzepte oder tiefgreifende Debatten. Es geht nur darum, die nächsten 24 Stunden zu „gewinnen“ und die Schlagzeilen zu beherrschen.

#### Kalkulierter Regelbruch

Ein weiteres Merkmal des radikalisierten Konservatismus ist der kalkulierte Regelbruch, das bewusste Übertreten von informellen Übereinkünften, von Anstand und Moral. „Das darf man nicht“, „Das kann er doch nicht machen“ sind die gewollten Reaktionen auf diese Übertretungen. Man will sich rebellisch geben, anders sein. Anders als der „Polit-Sumpf“ in Washington, die „Berufspolitiker“ in der ungeliebten Hauptstadt. Die politischen Gegner:innen sollen so in die Position des bloßen Anstands-Wauwau gedrängt werden. Das dritte Merkmal des radikalisierten Konservatismus ist, dass ein Kult um eine Führungsperson aufgebaut wird. Personalisierung ist Teil von Poli-

tik, im radikalisierten Konservatismus aber wird die Person ganz vorne zum Märtyrer inszeniert und bekommt eine (fast) religiöse Bedeutung. Mit dieser Inszenierung wird die formale demokratische Parteistruktur entdemokratisiert. Denn die Führungsperson bekommt neben der informellen auch die formelle Macht, interne Kontrollmechanismen werden ausgeschaltet. Der Machtzirkel rund um die Führungsperson ist nicht mehr in der Partei angesiedelt, sondern setzt sich aus externen Berater:innen und persönlichen Vertrauten zusammen. Radikalisierte Konservatismus ist zugleich sehr flexibel, wenn es darum geht, welches Thema wann und wie „gespielt“ wird. Inhaltlich sind die Themen jedoch nicht beliebig.

#### Gegen die Ärmsten und die Minderheiten

Die Politik des radikalisierten Konservatismus hat inhaltlich zwei Ebenen, die nicht parallel verlaufen, sondern fest miteinander verwoben sind: Die Klassenkampf- und die Kulturkampf-Ebene. Es wird Politik zu Ungunsten der Ärmsten und zu Gunsten der Reichsten gemacht. Gleichzeitig werden Feindbilder erzeugt, die dem Playbook der extremen Rechten entstammen und direkt an deren Narrative und Frames anknüpfen: Geflüchtete, Migrant:innen, „der Islam“, eine ominöse Linke, ein vermeintlich aufopferungsvoller Kampf um Identität und Heimat. Damit wird der antifaschistische Konsens, der bislang auch rechtsextreme Parteien wie die AfD als nicht koalitionsfähig und antidemokratisch markierte, aufgeweicht, ihre Ideen und Diskurse (weiter) normalisiert. Es gibt hier kein Überdrehen, kein „zu viel“. Ohne Rücksicht auf Rechtsstaat und Demokratie werden Verschwörungsmethoden erzählt und eine Gegenrealität aufgebaut.

#### Die autoritäre Wende

Dieser radikalisierte Konservatismus hat sich von jedem Anspruch, staatstragend zu sein, Ausgleich und Kompromiss zu suchen, verabschiedet. Die Kränkung der Niederlage ist der Treibstoff, der diese Radikalisierung befeuert. Genau an dieser Weggabelung stehen nun auch die Unions-Parteien nach ihrer schwachen Wahlleistung im September. Wohin der Weg der Radikalisierung führt, kann man an den eingangs genannten Ländern ablesen. Diese und ihre jeweiligen Parteien sind selbstverständlich sehr unterschiedlich, genauso wie die Systeme und die Geschichte, aus

denen heraus sie agieren. Ihnen allen ist gemein, dass es konservative Kräfte waren, die eine autoritäre Wende zu verantworten haben. In der Praxis bedeutet das unablässige Angriffe auf freie Medien, auf die Zivilgesellschaft und die unabhängige Justiz. Einschüchterungen, Drohungen und strategische Diffamierungen werden zu legitimen Mitteln konservativer Parteien. Bemerkenswert und beunruhigend daran ist, dass es sich nicht um einen langen Prozess handelt. Vielmehr vollzieht sich die Radikalisierung in wenigen Monaten oder einer Handvoll Jahren. In dieser kurzen Zeit sind schon nachhaltige und irreparable Schäden am demokratischen Rechtsstaat entstanden. Es stehen also nicht nur die Unionsparteien am Scheideweg, sondern mit ihr die Verfasstheit des demokratischen Systems in Deutschland.

## Leben in Gefahr – Gewalt gegen Geflüchtete in Deutschland

Geflüchtete leben nicht nur in asylpolitischer Hinsicht unter gewaltvollen, oft menschenverachtenden Bedingungen. Sie sind jeden Tag auch direkter körperlicher und psychischer Gewalt ausgesetzt. Gewalt, die manchmal tödlich sein kann. In dieser Publikation kommen Menschen zu Wort, die nach Deutschland geflohen sind und von ihrem Alltag berichten. Ihre Geschichten erzählen von dem, was sich hinter den Opferzahlen, den Gewaltstatistiken verbirgt. Und von ihrem eigenen Engagement. Die Publikation zeigt den Mut und Überlebenswillen der Betroffenen. Und sie verweist auf die Werkzeuge, mit denen wir der erschütternden Dimension der Gewalt entgegen-treten können: mit politischer Übersetzung, mit investigativem Journalismus und mit beharrlichem zivilgesellschaftlichem Engagement.



# Mehr als Floskeln: Demokratie schützen – jetzt!



tenlos zuschauen möchte. Im Jahr 2020 erreichten rechte Straftaten den höchsten Stand seit 20 Jahren. Mindestens 213 Menschen starben seit der Wiedervereinigung durch rechtsmotivierte Gewalt. Der Mord an einem 20-Jährigen in einer Tankstelle in Idar-Oberstein im September 2021 könnte der 214. sein. Der Täter bewegte sich in einem rechtsextremen Desinformations-Milieu und leugnete die Corona-Pandemie.

Die zukünftige Regierung muss aufhören, weitere Versprechen abzugeben oder langfristige Maßnahmen bloß anzukündigen. Die Amadeu Antonio Stiftung hat den Koalitionsparteien deshalb 20 konkrete Forderungen übermittelt, die sofort umgesetzt werden können und müssen. Die Forderungen in den vier Kategorien „Verfolgungsdruck auf Rechtsextreme erhöhen und Betroffene schützen“, „Antisemitismus und Verschwörungsideologien zurückdrängen“, „Rassismus strukturell bearbeiten“ und „Eine unabhängige Zivilgesellschaft schützen und fördern“ wurden den Parteien nicht nur zugeschickt, sondern auch während eines Aktionstags im Berliner Regierungsviertel öffentlich gemacht. Mit großen Leinwänden auf LKW besuchte die Stiftung symbolträchtige Orte wie den Reichstag, das Humboldt-Forum und das Polizeipräsidium in Berlin-Tempelhof, um auf den großen Handlungsbedarf hinzuweisen: Denn die Tatsache, dass bei 2.428 antisemitischen Straftaten in 2020 nur sechs Tatverdächtige festgenommen wurden oder 459 bekannte Rechtsextreme mit offenem Haftbefehl gesucht werden, muss alarmieren.

Zehn Jahre sind seit der Selbstenttarnung des NSU am 4. November 2011 vergangen. Angela Merkel versprach damals: „Als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland verspreche ich Ihnen: Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen.“ Doch passiert ist wenig: Nach einem Mammutprozess wurde eine Haupttäterin verurteilt, einige wenige Unterstützer sind mit milden Strafen davongekommen. Die Chance auf Aufklärung – über Versäumnisse im politischen Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus während der Ermittlungen und staatliche Verstrickungen in den rechten Terror – wurde vertan. Viele Fragen bleiben offen – und trotzdem sperrt der hessische Verfassungsschutz NSU-Akten noch für 30 Jahre vor der Öffentlichkeit.

Der NSU ist aber nur ein Fall von vielen und der Umgang mit der rechtsextremen Terrorserie zur traurigen Blaupause für den Umgang mit rechter Gewalt geworden. Vollmundige Versprechungen gehören inzwischen zum Ritual nach jedem rechtsextremen Anschlag, jeder rassistischen Ausschreitung. Immer wieder beteuern Politiker:innen, dass nun durchgegriffen werde – getan wird weiter viel zu wenig. Während der mehrtagigen flüchtlingsfeindlichen Ausschreitungen im sächsischen Heidenau im August 2015 verspricht Bundesinnenminister Thomas de Maizière: „Jedem, der so handelt, treten wir mit der

gesamten Härte des Rechtsstaates entgegen.“ Doch nach zwei Nächten mit organisierten Ausschreitungen, an denen sich Hunderte beteiligten, gab es trotzdem nur eine einzige Festnahme. Als im Oktober 2016 ein selbsternannter Reichsbürger einen SEK-Beamten erschießt, kündigt Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) an: „Unser Ziel ist, allen ‚Reichsbürgern‘ ihre Waffenerlaubnisse zu entziehen.“ Heute besitzen mehr als 500 Reichsbürger sowie rund 1.200 Rechtsextreme eine Waffenerlaubnis – wohl gemerkt nur die, die den Sicherheitsbehörden überhaupt bekannt sind. Nach dem Mord an dem CDU-Kommunalpolitiker Walter Lübcke im Juni 2019 verkündet Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU): „Es ist unsere Pflicht, das Menschenmögliche zu tun, um jene zu schützen, die bedroht werden.“ Bis heute werden tagtäglich Demokrat:innen angegriffen, es trifft Aktivist:innen und Engagierte in Initiativen, Journalist:innen, Lokalpolitiker:innen. Mehrere Bürgermeister:innen haben in den letzten Jahren ihre Ämter niedergelegt, nicht weil sie vor den Rechten kapitulieren, sondern weil sie sich um die Sicherheit ihrer Familien sorgen.

Auch nach den Terroranschlägen von Halle und Hanau wurde wieder viel geredet und debattiert, sogar ein eigener Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ins Leben gerufen. Das Ergebnis ist ein Maßnahmenkatalog aus 89 teils vagen Ankündigungen, deren Umsetzung uns die Politik schuldig



bleibt. Es bleibt ein Hausaufgabenpaket für die neue Legislaturperiode, bislang finanziell noch nicht einmal komplett unterfüttert. Die neue Regierung wird sich fragen lassen müssen, ob sie wieder nicht genug gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus getan hat. Und ob sie der täglichen Verletzung der Menschenrechte in Deutschland ta-

Die kommende Legislaturperiode wird zeigen, ob die neue Bundesregierung Taten sprechen lässt und ob Demokratie- und Minderheitenschutz mehr als Floskeln werden.

Die 20 Forderungen im Überblick: [demokratie-schuetzen.jetzt](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/demokratie-schuetzen-jetzt)

von Robert Lüdecke  
Fotos: kameradisten.org

## Demokratiktok: Politische Bildung im Videoformat

Im September knackte die App TikTok die Milliardenmarke an aktiven User:innen. Mit dem Projekt Demokratiktok widmet sich die Amadeu Antonio Stiftung (@amadeuantonio) dort den aktuellsten Trends, Memes und nutzt die Kurzvideoplattform als neuen pädagogischen Interventionsraum. Neben dem Spaßfaktor bietet die App auch innovative Möglichkeiten, politische Bildung einer jungen Generation zu vermitteln. Wie das funktioniert, wissen Theresa Lehmann und Eva Kappl von Demokratiktok.

### Wie sieht Hate Speech auf TikTok aus?

Die Plattform bringt neue Herausforderungen mit sich. Menschenfeindliche Inhalte ergeben sich oft erst aus dem Zusammenspiel von Mimik und Gestik, Sprache, Kleidung, Text sowie durch das Setting, den Sound oder einen verwendeten Filter. Um die Bedeutungsebenen erkennen zu können, müssen Inhalte deshalb auf mehreren Ebenen analysiert werden. Die Plattform ist außerdem bekannt dafür, dass auch kleine Accounts durch den algorithmusbasierten Feed eine enorme Reichweite erzielen können. So kommen Nutzer:innen schnell mit Hate Speech in Berührung.

### Was kann man gegen Hate Speech auf TikTok tun?

TikTok bietet ein Verfahren an, um Videos, Kommentare und Profile zu melden, die gegen die Gemeinschaftsstandards verstoßen. User:innen

können die Inhalte als Hassrede melden bzw. kennzeichnen, dass diese unter das Netzwerkdurchsetzungsgesetz fallen. Creator:innen können Kommentare unter ihren Beiträgen nach Begriffen filtern und individuell nach Durchsicht freigeben. All das ersetzt aber natürlich nicht die aktive Gegenrede der User:innen.

### Wie funktioniert Gegenrede auf TikTok?

Auch Gegenrede nimmt auf TikTok viele Formen an. Neben klassischen Kommentaren positionieren sich Creator:innen zum Beispiel mit kurzen, mal lustigen, mal ernsten Statementvideos gegen Hate Speech. Es gibt sogar Accounts, die sich nur dem Debunking (d.h. dem Aufdecken von Desinformation) widmen. Auch Antidiskriminierungskette sind sehr beliebt. Die Plattform bietet viel kreatives Potenzial, um sich gegen Diskriminierung und Demokratiefeindlichkeit zu positionieren – deshalb ist es um so wichtiger, dass Projekte der digitalen Zivilgesellschaft hier präsent sind!



Entschlossen gegen Hate Speech: Eva Kappl und Theresa Lehmann vom Projekt Demokratiktok der Amadeu Antonio Stiftung  
© Jannis Hutt



## Bedrohtes Zuhause – rechte Gewalt in der Nachbarschaft

Immer mehr Beratungsstellen aus ganz Deutschland berichten vom Anstieg rassistischer und antisemitischer Angriffe in der Nachbarschaft. Diese Art von Gewalt ist meist besonders perfide und dramatisch, denn die Täter:innen leben in unmittelbarer Nähe. Das Ziel der Gewalttäter:innen: Die Opfer sollen sich im eigenen Zuhause nicht mehr sicher fühlen, sollen ausgegrenzt werden aus Nachbarschaft und Gesellschaft. In vielen Fällen finden die Anfeindungen und Angriffe täglich und kontinuierlich statt, mit verheerenden Auswirkungen auf das Leben und die Psyche der betroffenen Personen. Die Angst, der rassistischen Nachbarin oder dem kiezbekannten Neonazis zu begegnen, wird zum ständigen Begleiter – auf dem Weg zur Arbeit, beim Einkaufen oder auf dem Spielplatz. Dabei sollte das Zuhause ein Rückzugsort sein, der Schutz bietet. Oft sind auch Kinder betroffen, wenn sie miterleben müssen, wie ihre Eltern angegriffen werden. So auch im Fall von Frau L., die von einem rechten Nachbarn sexuell belästigt wurde. Es folgten rassistische Beleidigungen, Bedrohungen und Sachbeschädigung. Auch ihrem Kind wurde gedroht. Frau L. wurde klar, dass ihre kleine Familie wegziehen muss. Ein Umzug in eine neue, sichere Umgebung hatte nun Priorität. Da Frau L. alleinerziehend ist, fehlten ihr jedoch die finanziellen Mittel. Die Hilfe über den juristischen Weg dauert oftmals zu lang, um sich schnell schützen zu können. Genau das ist jedoch wichtig, wenn die Bedrohung alltäglich ist und aus dem unmittelbaren Umfeld kommt.

Für den Rechtsweg entschied sich die Betroffene in einem anderen Fall. Frau B. liebte es, den Vorgarten des Mehrfamilienhauses, in dem sie wohnte, zu gestalten und zu pflegen. Als ihr Beet zerstört wird, ahnt sie, wer der Täter ist. Seit längerem war Frau B. immer wieder Beleidigungen, sexueller Belästigung und schweren körperlichen Angriffen durch einen Hausbewohner ausgesetzt. So kommentierte er diskriminierend ihre Herkunft und Religion. Frau B. wollte sich nicht

verdrängen lassen. Der Täter ging jedoch soweit, sie körperlich anzugreifen und zu verletzen. Daraufhin zeigte sie ihn mehrmals an. Mit ernüchterndem Ergebnis: Die Verfahren wurden bis auf eines eingestellt. Eine Richterin riet ihr zu guter Letzt umzuziehen. Ernst genommen fühlte Frau B. sich nicht – weder von den Behörden noch von den anderen Nachbar:innen. So lag auch für sie ein Umzug nahe, denn psychische Belastungen, von Panikattacken bis hin zu Schlafstörungen, erschweren seit den Angriffen ihren Alltag. Die Kosten für den Umzug und die Gerichtsverfahren sind jedoch für sie nicht allein zu bewältigen. Auf subtilere und doch ähnlich perfide Weise wurde Frau H. belästigt. Eine Person hatte es darauf angelegt, sie aus Wohnung und Nachbarschaft zu verdrängen. Auch sie wurde unentwegt rassistisch beleidigt und bedrängt und zudem mit Lärm terrorisiert. Die Lage spitzte sich erheblich zu, als Frau H. ein Messer in ihrem Briefkasten fand. Wie man später feststellte, passte das Messer nicht durch den Briefkastenschlitz. Es musste von einer Person dort hineingelegt worden sein.

Rechte Gewalt wirkt in allen gesellschaftlichen Bereichen. Weniger sichtbar ist sie jedoch, wenn sie im halbprivaten Raum der Nachbarschaft stattfindet. Aber immer vereint sich die Mischung aus körperlicher und psychischer Gewalt zu andauernden seelischen und ökonomischen Folgen für die Betroffenen. Für Frauen\* kommt oft sexualisierte Gewalt hinzu. Für die Opfer ist eines wichtig: eine schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfe. Ob Anwalts- und Verfahrenskosten, Therapie, Umzug, das Auswechseln eines zerstochenen Reifens oder des Briefkastenschlosses, die Bedürfnisse der Betroffenen nach rassistischen und antisemitischen Angriffen sind zahlreich. An dieser Stelle hilft CURA – dank der Unterstützung unserer Spender:innen.



von Bylly Burkhardt

## „30 Jahre zu kämpfen braucht viel Kraft“

Interview mit Heike Radvan

Cottbus ist eine Hochburg der rechtsextremen Szene: Gewalttätige Neonazis haben sich hier ein beachtliches Wirtschaftsnetz aufgebaut und pflegen Verbindungen ins kriminelle Rocker-Milieu. Doch Cottbus ist auch ein Förderschwerpunkt der Amadeu Antonio Stiftung. Seit Jahrzehnten engagiert sich hier eine demokratische Zivilgesellschaft. In diesem Jahr wurden Projekte gefördert zur Vernetzung von Initiativen, zur Stärkung politischer Bildung unter Jugendlichen sowie ein Recherche-Projekt, das Erfahrungen von Menschen sichtbar macht, die sich in Cottbus für ein demokratisches Miteinander einsetzen. Heike Radvan, Professorin am Fachbereich Soziale Arbeit der Brandenburgisch-Technischen Universität in Cottbus, lehrt und forscht zu den Schwerpunkten „Rechtsextremismus und Gemeinwesenarbeit“ und hat das Projekt initiiert.



Fotostudio Neukölln

### Mit welchen Strukturen haben es Betroffene von rechter Gewalt und Engagierte in Cottbus zu tun? Wie hat sich die Situation in den letzten Jahren entwickelt?

In Cottbus gab es, wie in anderen Städten insbesondere im Süden der DDR auch, bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Neonazi-Gruppierungen. Diese haben sich in den 1990er Jahren weiter professionalisiert und stärker mit westdeutschen Gruppen vernetzt. Auch in Cottbus waren diese Gruppen sehr gewalttätig. Öffentlich erinnern wir uns an die pogromartigen Übergriffe auf Vertragsarbeiter\*innen, Asylbewerber\*innen in Rostock und Hoyerswerda. Vergleichbare Situationen hat es allerdings in sehr vielen Orten Ostdeutschlands und in einigen Orten in der alten BRD gegeben, so auch in Cottbus. Bislang ist dies nicht öffentlich thematisiert.

Heute haben wir es in Cottbus mit einem Netzwerk extrem rechter und völkisch autoritärer Gruppen in verschiedenen Zusammenhängen zu tun, u.a. mit Verschränkungen von Sicherheitsfirmen, Kampfsportmilieus und Fußballfanszenen mit der (organisierten) extremen Rechten. Seit 2017 mobilisiert der Verein „Zukunft Heimat“, ein Zusammenschluss (extrem) rechter und völkisch autoritärer Gruppierungen und Einzelpersonen in der Stadt. Die Atmosphäre ist hier von rassistischer Hetze geprägt, mit Corona insbesondere auch von antisemitischen Verschwörungsmäthen. Ausgehend von diesen Aufmärschen werden Geflüchtete und Journalist\*innen angegriffen. Dieses Gewaltpotential prägt ebenfalls die Atmosphäre in der Stadt.

### Wie können Betroffene rechter Gewalt und Aktivist:innen besser geschützt werden?

Wir erheben aktuell Interviews mit verschiedenen Gruppen, die sich für ein demokratisches Miteinander einsetzen und von Alltagsdiskriminierung, aber auch von rechter Gewalt betroffen sind. Der Fokus unserer Studie liegt auf den Strategien im Umgang damit, wie zum Beispiel Austausch, Vernetzung, kollektives Empowerment. Für viele ist das Thema Schutz alltäglich, bestimmte Orte werden ganz selbstverständlich zu bestimmten Zeiten nicht aufgesucht. Betroffene geben sich nicht ohne Weiteres zu erkennen, Schutz heißt, keine Kippa zu tragen oder sich als queere oder trans\*Person nicht ohne Weiteres öffentlich zu küssen. Die demokratische Zivilgesellschaft ist verantwortlich, dem entgegenzuwirken, nicht wegzugucken, sondern einzugreifen. Und es ist Aufgabe der Polizei, wirksam zu schützen, Aufgabe der Stadtverwaltung, sich zu positionieren, aber auch demokratische Akteure zu fördern.

### Wie ist die Zivilgesellschaft in Cottbus gegen Rechtsextremismus aufgestellt?

Häufig wird vergessen, dass es auch schon in den frühen 1990er Jahren zivilgesellschaftlich organisierte demokratische Gegenbewegungen gab. Das hat sich bis heute gehalten. Es gibt verschiedenste Gruppierungen und Bündnisse, Anfang September demonstrierte das erste Mal eine Gruppe von „Unteilbar“ in Cottbus. Das ist sehr beeindruckend und ermutigend. In der Stadtverwaltung gibt es Menschen, die das Problem Rassismus offen ansprechen und Angebote entwickeln. So besteht seit kurzem ein sehr gutes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, jetzt gilt es, das auch wirksam umzusetzen. Wer zum Beispiel in den zwei CSD-Wochen vor Ort ist, sieht: Diese Stadt versucht, gegen das schlechte Image, das ja berechtigt besteht, anzukämpfen. Die Stadt zeichnet sich durch diese langjährige Gegenbewegung aus. 30 Jahre zu kämpfen, braucht viel Energie und viel Kraft.

Das Interview führte Bela Mittelstädt.

# Beherzt gegen völkische Landnahme

Ostniedersachsen ist ein Hotspot der völkischen Siedlungsbewegung, Tendenz steigend. Dieser Trend macht Anwohner:innen in der Region zu schaffen. Doch aufgeben wollen sie nicht.

Die 60-jährige Frau aus der ostniedersächsischen Provinz möchte weder ihren Namen in einer Reportage lesen noch den Namen ihres Dorfes. Das hat gute Gründe: Denn ihre Nachbar:innen sind völkische Siedler:innen. Schon an der ungewöhnlichen Kleidung musste die 60-Jährige schnell feststellen, dass sie keine normalen Nachbar:innen hat. „Sie laufen mit diesen Trachtenkleidern durch die Gegend, die Männer haben Knickerbocker oder Dreiviertellederhosen an.“ Seit 20 Jahren wohnt die völkische Familie im Dorf, damals hatte die Nachbarin von dem Phänomen noch nie etwas gehört. „Mir ist aufgefallen, dass bekannte Rechtsextreme aus dem Landkreis mit ihnen durch das Dorf gelaufen sind. Ich dachte: Die gehören irgendwie dazu.“ Dann wurde eines Tages eine rechtsextreme Fahne im Garten gehisst. Die Nachbarin fragte nach ihrer Bedeutung. Das sei von ihrer Vereinigung, antworteten die völkischen Siedler:innen ausweichend. Und ausgerechnet am 20. April, dem Datum von Hitlers Geburtstag, feierte die Familie ein Fest auf dem Hof. „Dann war es mir klar: Das sind Nazis.“

### Völkische Rechtsextreme in Ost-Niedersachsen

Ostniedersachsen ist, neben Mecklenburg-Vorpommern, eine Hochburg der völkischen Rechtsextremen. Besonders alarmierend: Dort gibt es so viele Waffenscheine wie sonst nirgendwo in der Bundesrepublik. Manche Familien wohnen be-

der Szene angehören, doch offizielle Zahlen von Sicherheitsbehörden gibt es nicht. Erst zum zweiten Mal überhaupt erwähnte der niedersächsische Verfassungsschutz völkische Siedler:innen in seinem Jahresbericht für 2020. Zu wenig, zu spät – warnen Beobachter:innen der Szene, wie Anna Weers, Expertin für Rechtsextremismus im ländlichen Raum bei der Amadeu Antonio Stiftung. Weers recherchiert seit Jahren zu rechten Siedlungsbewegungen – und warnt vor deren wachsendem Einfluss in ländlichen Regionen. „Völkische Rechtsextreme siedeln sich bundesweit in ländlichen Räumen an und leben ihre Ideologie dort aus. Damit sind sie nicht nur eine Bedrohung für Menschen vor Ort, die ihrem Weltbild nicht entsprechen, sondern für die gesamte Gesellschaft.“ Insbesondere die Ausbreitung und Vernetzung der Anhänger:innen der Anastasia-Bücher, einer rechts-esoterischen Siedlungsbewegung, sei nicht zu unterschätzen, betont Weers.

### „Sie spielten den freundlichen Nachbarn“

Doch nicht alle im ostniedersächsischen Dorf der 60-jährigen Frau teilen diese Einschätzung. Denn die völkischen Nachbar:innen machten sich im Dorf rasch beliebt – und bestreiten, etwas mit rechtsextremem Ideologie oder Nationalsozialismus zu tun zu haben. „Sie waren schnell vernetzt, spielten den freundlichen Nachbarn, traten in die freiwillige Feuerwehr ein und halfen bei Dorf-



Engagierte treffen sich im September auf dem Kulturhof des Jahrmarkttheaters im Landkreis Uelzen.

der Initiative „beherzt“ zu sehen, mit der Aufschrift: „Kreuz ohne Haken – für Vielfalt“, ein Zeichen gegen Rechtsextremismus im Kreis Uelzen. Ein wichtiges, nötiges Zeichen: Denn auch hier gibt es seit Jahrzehnten ein Problem mit Rechtsextremen. Heute zeigt das Dorf sein anderes Gesicht: Zwischen gackernden Hühnern und schlafenden Schweinen treffen sich 60 Menschen aus verschiedenen Regionen auf dem Kulturhof des Jahrmarkttheaters. Was sie vereint: Sie haben völkische Nachbar:innen, sind besorgt, wollen sich informieren, ihr solidarisches Netzwerk ausbauen. Doch so einfach ist es nicht, sich hier zu vernetzen: Die Einlasskontrolle ist gründlich, der Besuch nur mit Voranmeldung möglich. Ein Security-Team patrouilliert auf dem Gelände. Denn immer wieder versuchen völkische Rechtsextreme, solche Veranstaltungen zu stören: Sie mischen sich unter das Publikum, schüchtern Teilnehmende ein, stechen Autoreifen platt. Die Botschaft ist klar: Niemand soll über sie berichten, sie bleiben lieber im Verborgenen.

### „Ich werde nicht wegziehen“

Das weiß Andrea Röpke aus erster Hand: Heute hält die Journalistin hier einen Vortrag und berichtet von Einschüchterungsversuchen, von Anwaltsbriefen, von Unterlassungserklärungen – und mehr. Röpke wurde wegen ihrer journalistischen Arbeit gegen Rechtsextremismus bereits mehrfach von Nazis tätlich angegriffen. Alles vergeblich: Sie schreibt weiterhin regelmäßig über die Szene, 2019 veröffentlichte sie das Buch „Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos“ zusammen mit ihrem Kollegen Andreas Speit. In ihrem Vortrag berichtet Röpke, völkische Siedler:innen behaupteten, sie selbst hätte sich die „völkischen Siedler:innen“ ausgedacht. Rechtsextreme Landnahme nur ein Hirngespinnst? Schön wär's. Doch die Realität sieht anders aus. Auch Martin Raabe von der Initiative „beherzt“ kennt die Strukturen vor Ort und engagiert sich seit Jahren gegen Nazis. Er erinnert sich noch an die Zeiten, in denen Rechtsextreme ein anderes Erscheinungsbild pflegten: Bomberjacke, Springerstiefel, Glatze. Doch der pensionierte Pastor bleibt auch im Ruhestand aktiv – aus Überzeugung und aus Not. „Wir haben hier Nachbarn, mit denen wir leben müssen“, sagt er verzweifelt: „Wir wollen nicht zurück ins Mittelalter.“ Sonnenuntergang über den Wiesen der ostniedersächsischen Provinz, Ausklang eines regen Austauschs: Eine Band spielt Musik, die restlichen Teilnehmenden retten die letzten Kuchenstücke vom Buffet. Von Angst keine Spur, statt dessen Entschlossenheit. Die 60-jährige Nachbarin sagt klar: „Ich werde nicht wegziehen.“

von Nicholas Potter



Die Initiative „beherzt“ setzt ein Zeichen gegen ihre völkische Nachbarschaft.

Foto: Martin Raabe

reits über viele Generationen in Dörfern, andere ziehen hinzu. Ihr Traum: Ein ökologisches Leben ohne „Multikulti“, Andersdenkende und staatliche Kontrolle, dafür mit völkischem Denken, altgermanischen Traditionen und in „Sippen“, wie die Völkischen ihre Familien nennen, organisiert. Durch strategische „Raumgreifungsversuche“, mit Immobilienkäufen und auf Versteigerungen versuchen sie, im ländlichen Raum Fuß zu fassen. Ein Plan, der zurzeit aufgeht.

Zu den wichtigsten Gruppen der Bewegung zählen der „Sturmvogel – deutscher Jugendbund“, dessen Wurzeln in der verbotenen neonazistischen „Wiking-Jugend“ liegen, der „Bund für Gotterkenntnis – die Ludendorffer“ und die „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wessengemäßer Lebensgestaltung“. Zu letzteren gehört der Neonazi Jens Bauer, bei dem der NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben nach seiner Entlassung aus der Haft wohnte. Auch bei der ebenfalls verbotenen neonazistischen Organisation „Heimatreue Deutsche Jugend“ gibt es enge familiäre Verbindungen in die völkische Szene. Forscher:innen schätzen, dass bundesweit mindestens einige hundert bis tausend Akteur:innen

festen“, berichtet sie. Inzwischen seien weitere völkische Familien zugezogen, jetzt wohnten vier solche Haushalte im Dorf. Vor ein paar Jahren sei z.B. ein großer Gutshof im Dorf an eine völkische Familie verkauft worden. Dazu kommen zahlreiche Kinder, denn die Familien wachsen schnell – und somit auch die völkische Ideologie.

Ein sonniger Samstag Anfang September, er fühlt sich an wie der letzte Tag des Sommers. In der ostniedersächsischen Gemeinde Altenmedingen bei Uelzen organisiert die Amadeu Antonio Stiftung gemeinsam mit der lokalen Initiative „beherzt“ an diesem Tag eine Veranstaltung im Jahrmarkttheater. Unter dem Titel „Perspektiven: Vielfältig – Was tun gegen völkische Landnahme?“ können sich hier all jene vernetzen und austauschen, die dem beunruhigenden Trend der völkischen Raumergreifung nicht tatenlos zusehen wollen. Das Jahrmarkttheater liegt in Bostelwiebeck, ein Dorf so klein, dass es nicht einmal einen Wikipedia-Eintrag hat. Der Kulturhof mit Scheune, Grünfläche und Bühne ist ein Ort für Performances, Konzerte und Diskussionen fernab der großstädtischen Hektik. Auf der schmalen Landstraße, die ins Dorf führt, sind pink-gelbe Holzkreuze von



Das Netzwerk Südheide zeigt Flagge gegen Rechtsextremismus in Niedersachsen. Fotos: Nicholas Potter



# Projekte, die etwas verändern

Es gibt sie überall – Menschen, die sich mit viel Herzblut und Courage für Demokratie und gegen menschenfeindliche Ideologien einsetzen. 112 Projekte förderte die Amadeu Antonio Stiftung in diesem Jahr bisher; mehr als 60 Betroffenen und Engagierten half sie mit dem Opferfonds CURA und dem SHEROES Fund. Möglich machen das unsere Spender:innen. Einige geförderte Projekte stellen wir hier stellvertretend vor.

## Chöre gegen das Vergessen

Dass man sich mit dem NSU-Komplex auch auf kreative Weise auseinandersetzen kann, zeigt das Theaterprojekt zum NSU-Komplex „Kein Schlussstrich“. Teil dessen ist ein Werk des Komponisten Marc Sinan: Sieben Einzelperformances von Orchestern, Chören und Solist:innen werden an sieben Schlüsselorten des NSU aufgeführt. Darunter der „Affetme Korusu“ (türkisch für „Chor der Vergebung“). Auf der Kölner Keupstraße, wo der NSU 2004 einen Nagelbomben-Anschlag verübte, kommen verschiedene Chöre zusammen – vom türkischen Gesangsverein bis zum Chor der Technischen Hochschule Köln.



## Selbstbestimmtes Gedenken

Unter den Opfern des Anschlags in Hanau vom Februar 2020 waren vor allem junge Menschen. Jugendliche aus dem Jugendzentrum in Hanau Kesselstadt erinnern an ihre ermordeten Freund:innen. Gemeinsam mit einem Künstler:innen-Kollektiv aus Frankfurt gestalten sie mit Graffiti und Metallkunst Orte der Erinnerung.



## „Geimpft“ gegen Verschwörungsideologien

Demokratiearbeit muss nicht im Sitzen stattfinden! Bei Breakdance-Battles, mit kurzen Videoclips und einem „Impfpass“ klärt das HipHopNetzwerk4Ward e.V. Jugendliche in Halle mit viel Humor und Bewegung über Verschwörungserzählungen auf. Der „Impfpass“ ist ein Merkheft voller Tipps zum Umgang mit Verschwörungsideologien.



## Gemeinsam Mauern überwinden

30 Jahre nach den rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda hat sich einiges in der Stadt geändert. Doch es kommt auch weiterhin immer wieder zu rassistischen Übergriffen, noch immer werden Geflüchtete hier nicht heimisch. Das Theaterstück „Teatro due mondi“, erarbeitet und aufgeführt von Asylsuchenden und Bewohner:innen Hoyerswerdas, will Mauern abbauen.

Foto: Teatro due mondi



Außerdem fördern wir: „Hass heisst Hausverbot“ – Frankfurt a.M. · Bustour Women in Exile – Brandenburg · Social Media-Kampagne „Ich bin Jude“ – Berlin · Jugendfestival gegen Nazis – Lichtenhain, Sachsen · „Mut gegen Rechts Festival“ – Ludwigsburg · Bündnis für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage – Plauen · Bundesjugendtreffen Amaro Drom e.V. – Berlin · Treffen engagierte Jugendliche · afrodeutsches Theaterstück „Klang des Regens“ – Augsburg · Zum Antisemitismus in der DDR – Döbeln, Sachsen · Vollkontakt – Rechtsextremismus im Kampfsport – Hannover · Schauensterausstellung für Demokratie – Löbau, Sachsen · Festival „Rhythmus gegen Rassismus“ – Stralsund · Antisemitismus in der Popkultur erkennen – Oldenburg · Demminer Bürger e.V. – Demmin, Mecklenburg-Vorpommern · Zukunftswerkstatt – Cottbus · Fachtage zu Antifeminismus im Erzgebirge – Leipzig · „Festival of Resilience“ – Berlin · Jugendkongress – Jena · Erinnerung an Amed Ahmad – Bonn · „Keep together“ gegen Rechtsextremismus – Bautzen · Geflüchtete in Unterkünften während der Pandemie empowern – Suhl, Thüringen · u.v.m.

Sie möchten die ERMUTIGEN auch oder nur digital erhalten? Schreiben Sie uns: [bestellung@amadeu-antonio-stiftung.de](mailto:bestellung@amadeu-antonio-stiftung.de).

**Impressum**  
Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, November 2021  
Novalisstraße 12, 10115 Berlin  
info@amadeu-antonio-stiftung.de  
www.amadeu-antonio-stiftung.de  
Redaktion: Viola Schmidt und Timo Reinfrank (V.i.S.d.P.)  
Gestaltung: Design  
Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.

## Kein Schlussstrich – Aufarbeiten und Erinnern an den NSU

Die Selbstenntarnung des NSU jährt sich dieses Jahr zum zehnten Mal. Anlass für Betroffene, Kulturinstitutionen und zivilgesellschaftliche Initiativen, noch lauter als sonst der Opfer zu gedenken und an die Verbrechen zu erinnern. Einige dieser Initiativen unterstützt die Amadeu Antonio Stiftung, darunter ein Netzwerk aus Wissenschaft, Kultur und der Stadt Jena.

Das Kerntrio des NSU wuchs in Jena auf. Bönhardt, Mundlos und Zschäpe waren hier Teil neonazistischer Gruppen, begingen Straftaten und verfolgten Migrant:innen. Im Stadtteil Winzerla, in dem die drei lebten, erinnert heute der Name eines Platzes an Enver Şimşek: Der Blumenhändler wurde im Jahr 2000 in Nürnberg als erstes Opfer vom NSU ermordet. Vor der Jungen Gemeinde Stadtmitte steht zudem eine Stele, die an die Opfer des NSU erinnert. Diese öffentlich sichtbaren Orte des Gedenkens sind nicht selbstverständlich. Sie wurden über Jahre von Engagierten in Jena eingefordert oder selbst gestaltet. „Die Zivilgesellschaft hat gerührt und getrommelt“, erzählt Jonas Zipf, Leiter von JenaKultur, der sich für

eine Aufarbeitung der Geschichte des NSU in Jena einsetzt. Die Stadtpolitik hingegen habe sich lange zurückgehalten. „Seit dem Öffentlichwerden des NSU gab es hauptsächlich Abwehrreaktionen. Die Stadt war mehr damit beschäftigt, nicht öffentlich als rechts abgestempelt zu werden, als damit, wie es zu den Verbrechen des NSU kommen konnte“. Langsam ändert sich das. Im zehnten Jahr der Selbstenntarnung des NSU kommen Stadtpolitik, Zivilgesellschaft, Sozialarbeit und Wissenschaft zusammen, um eine stadthistorische Auseinandersetzung zum NSU in Jena zu führen. Jena-Kultur organisiert die Reihe künstlerischer und politischer Veranstaltungen gemeinsam mit der Friedrich-Schiller-Universität und dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Das Programm spiegelt die ganze Breite des NSU-Komplexes wieder: Neben historischen Exkursen, die Tradition und Kontinuität rechten Terrors aufzeigen, werden ebenfalls die Ergebnisse des NSU-Prozesses kritisch unter die Lupe genommen. Auch die Geschichten und Perspektiven ostdeutscher Menschen mit Rassismuserfahrungen sind ein zentraler Baustein der Veranstaltungsreihe.

Jonas Zipf und viele andere Engagierte beschäftigt die Frage, wie das Gedenken an die NSU-Verbrechen und die Geschichte der Opfer in der Erinnerung einer breiten Öffentlichkeit verankert werden können. „Es ist schwierig, in die breite Mitte der Stadt zu stoßen, über die hinaus, die eh schon interessiert sind“, schildert er. „Wir haben jetzt ein Fenster der Aufmerksamkeit aufgestoßen. Es ist uns gelungen, viele Akteure an einen Tisch zu bringen. Die Frage ist, wie nachhaltig das ist.“ Ansätze und Potenzial gibt es genug: 2021 soll beschlossen werden, dass auch eine Straßenbahnhaltestelle nach Enver Şimşek benannt wird. Und der nächste Botho-Graef-Kunstpreis, die wichtigste Auszeichnung der Stadt zur Gestaltung des öffentlichen Raums durch Kunst und Memorials, wird sich dem NSU widmen. „Ich bin zuversichtlich, dass uns auch in den nächsten Jahren in Sachen NSU-Aufarbeitung noch mehr gelingen kann. KEIN SCHLUSSSTRICH eben“, bringt Zipf auf den Punkt, was viele Initiativen antreibt: Nicht locker lassen – es gibt noch viel zu tun.

von Charlotte Sauerland

### ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

Ich spende per Lastschrift \_\_\_\_\_ €  
 monatlich     halbjährlich     jährlich     einmalig

Ich bin einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Bei nicht gegebener Kontodeckung besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

Bitte ausschneiden und einsenden an: Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin  
 Ich möchte den monatlichen E-Mail Newsletter erhalten

### Demokratie schützen – jetzt!

**Zivilgesellschaft stärken, Rechtsextremismus und Verschwörungsdenken bekämpfen, Solidarität fördern.**

**Spendenkonto:**  
**Amadeu Antonio Stiftung**  
**IBAN: DE 32 4306 0967 6005 0000 00**  
**BIC: GENODEM1GLS / GLS Bank**